

Verteilungskampfhypothesen der Inflation

Eine kritische Übersicht

Von Wolfgang Fautz, Bern*

1. Einleitung: Die institutionalistische Kritik an ökonomischen Inflationserklärungen

Anfangs der fünfziger Jahre erschienen in verschiedenen Ländern mehrere Arbeiten, die eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit ökonomischen Inflationserklärungen äusserten (s. H. Aujac, 1950; F. D. Holzmann, 1950, und G. Nyblén, 1951, Kap. VI). Sie kritisierten vor allem die dabei verwendeten theoretischen Konzepte wie Inflationslücke, Überschussnachfrage nach Gütern bzw. Überschussangebot an Geld, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, ja überhaupt die in der Ökonomie grundlegenden analytischen Konstrukte von Angebots- und Nachfragefunktionen und die Vorstellung von Gleichgewichtspreisen und -mengen. Nach ihrer Meinung sind diese Konzepte zwar notwendig in der Analyse, aber bei weitem nicht hinreichend (s. insbes. J. Åkerman, 1960). Die entscheidenden Fragen seien: *Wer* steht hinter diesen Konzepten? *Wer* ist die Ursache von den jeweiligen Verschiebungen dieser Kurven, d. h. im wesentlichen: *Wer* ist die Ursache von Veränderungen der «abstrakten», «unpersönlichen» Parameter der makroökonomischen Modelle? *Wer* ist daher verantwortlich für einen Überschuss an Geld, für die Übernachfrage nach Gütern, für einen «cost-push», für eine Inflationslücke? Man war nicht bereit, Änderungen z. B. in den geld- oder fiskalpolitischen Parametern einfach als Fehler der jeweiligen Träger der Wirtschaftspolitik zu interpretieren, sondern als Konsequenz bzw. Resultat von bewusstem und vorsätzlichem Verhalten bestimmter *Personen* und *Personengruppen*, die mit «Macht» ausgestattet seien. Diese «Macht» äussere sich insbesondere durch die Fähigkeit, Preise von Gütern und Dienstleistungen «autonom», d. h. unabhängig von vergangenen und laufenden Marktbedingungen, setzen zu können.

Diese neue Sicht des Preisverhaltens gewann viele Anhänger. So schreibt z. B. G. Bombach (1976, S. 12):

«In diesem Bericht werden u. a. Inflationsmechanismen behandelt, die *nichts mit Ungleichgewichten auf Märkten zu tun* haben und deshalb auch nicht durch rein ökonomische Massnahmen in den Griff zu bekommen sind. Symptom für die Existenz solcher Kräfte ist die Tatsache, dass der Preisauftrieb in der Depression andauert» (Hervorh. W. F.).

* Der Verfasser dankt Prof. Karl Brunner sowie Luciano Gabriel und Carlo Graziani für kritische Anregungen zu einem früheren Entwurf über dieses Thema. Bei der Arbeit konnte auf viele Diskussionen mit Vertretern der Verteilungskampftheorie zurückgegriffen werden, zu denen Prof. Karl Brunner an die Universität Bern eingeladen hatte. Darunter waren die Professoren G. Bombach, S. Borner, K. Mackscheidt, E. Streissler, H. Würzler sowie Dr. B. Rahmann.

Und G. Ackley (1972, S.218) meint:

«My vision of the type of inflationary process which *now* concerns us sees it as essentially the by-product of a *struggle over income distribution*, occurring in a society in which *most sellers of goods and services possess some degree of market power over their own wages and prices (in money terms)*» (Hervorh. W.F.).

Gemäss dieser neuen «*institutionalistischen*» oder «*institutionellen*» Betrachtungsweise (J. Åkerman) sind also die Ursachen der Inflation in mit «Marktmacht» ausgestatteten Personen und Personengruppen zu suchen; sie führt somit zu einer «*Personalisierung*» bzw. «*Soziologisierung*» der Fragestellung nach den Ursachen und Bedingungen von Inflation (vgl. insbes. R. Hettlage, 1976). Hinter den abstrakten analytischen Begriffen oder Konzepten der ökonomischen Theorie wird ein «komplexes» nationales und internationales Netz von persönlichen und gruppenmässigen Interessen und Machtverteilungen gesehen. Die genannten Interessen bezögen sich vor allem auf die personelle und gruppenmässige *Einkommensverteilung*. Dazu einige authentische Aussagen:

«The core of inflationary phenomena is in our view a *distribution struggle between the big social groups within a country and/or between several countries*, consisting of attempts by one or more units to increase their relative shares of the total income, i.e., to improve their relative income position, followed by reactions of other units, and with a result as to the distribution of income depending on the power of the various units...» (G. Nyblén, S.191; Hervorh. W.F.).

«Die Inflation bildet für uns ... das Ergebnis eines differenzierten *Kampfes von Personen und Gruppen um die Wohlstandsverteilung*... Der Anstieg des Preisniveaus muss mit der Interessenverfolgung über Macht verfügender einzelner oder Gruppen in kausale Beziehung gebracht werden» (H. Würzler, 1972, S. 700 und 708; Hervorh. W.F.).

«Inflation (ist) nicht ein blosser Saldo aus Angebot und Nachfrage, sondern Ausdruck von Verteilungskämpfen in Unsicherheit... Dieser Versuch, Einkommensdifferentiale rascher zu beseitigen, als sie ökonomisch von selbst dahinschmelzen, ist die zentrale, weltweite heutige Inflationsursache, ist der *Kernprozess der Inflation*» (E. Streissler, 1973, S.42 und 21).

Ähnliche Ansichten finden sich z. B. bei G. Bombach (1973 und 1976), F. A. Lutz (1972), F. Kneschaurek (1974), dem Deutschen Sachverständigenrat, N. Engler (1974) und bei weiteren, im Verlauf dieser Arbeit genannten Autoren. Der Gedanke der machtvollen Gruppe bzw. Person wurde damit ergänzt durch ein *Motiv*, das den Handlungen dieser autonomen Akteure zugrunde gelegt wurde: der *Verteilungskampf*. Der Begriff des Verteilungskampfes wurde weiter «hinterfragt», indem man nach den Gründen, nach «tieferen» Ursachen für den Kampf forschte. Die «institutionelle» Betrachtungsweise führte damit neben der Anwendung der soziologischen «Konflikttheorie» zur *Psychologisierung* der Fragestellung («Motivationsforschung»).

Der Vorstellung von der Bedeutung der Machtverteilungen im Verteilungskampfsprache auch die Forderung nach der Berücksichtigung politischer Kräfteverhältnisse. Dies führte dazu, das Inflationsproblem auch als Problem der «*politischen Ökonomie*» anzuschauen (E. Streissler, 1973; G. Bombach, 1973). Dieser Begriff wurde jedoch sehr extensiv ausgelegt. So genügt z. B. Streissler bereits der Tatbestand, dass es beim Verteilungskampf um Gerechtigkeitsfragen gehe:

«Inflation – oder ihre Verhinderung – dient also der Herstellung von Gerechtigkeit der Einkommensverteilung; genauer der Herstellung der vieldeutigen Gerechtigkeit pluralistischer Gesellschaften... Gerechtigkeit ist (aber) ein politischer Begriff... Inflationstheorie, losgelöst von politischer Theorie, ist daher unmöglich. Inflation ist ein Grundproblem einer politischen Ökonomie» (Streissler, S. 21).

Die obigen Ausführungen legen nahe, dass die neue Sicht des Inflationsproblems geradezu dazu herausfordert, das Problem «interdisziplinär» anzugehen, was z. B. in der schweizerischen Arbeitsgruppe unter Vorsitz von N. Celio (1976) geschehen ist. Zitiert sei in diesem Zusammenhang R. Turvey (1971, S. 199–200):

«We are left with phenomena which we as economists are *not competent* to investigate ... until we become *multi-disciplinary*» (Hervorh. W. F.).

Fragen wir zum Schluss dieser Einleitung, was von der Behauptung, die ökonomische Analyse sei weiterhin notwendig bei der Inflationserklärung, übrigbleibt, so müssen wir sagen: nicht viel. Die grundlegenden Konzepte der Angebots- und Nachfragefunktionen werden in der neuen «institutionellen» Betrachtungsweise ersetzt durch neue konzeptionelle Einheiten wie «marktmächtige» bzw. «autonome» soziale Gruppen oder Personen (*multilaterale Preisautonomie*). Die Argumente der «ökonomischen» Funktionen, die die Aktions- bzw. Reaktionsincentives der Marktparteien ausdrückten in relativen Preisen oder Ertragsraten sowie gewisse Budgetrestriktionen berücksichtigten, werden ersetzt durch *neue incentives*, durch die Motive für den Verteilungskampf. Die politischen Parameter bzw. Impulsvariablen werden entweder vernachlässigt oder als endogene Variablen betrachtet; *neue Impulsvariablen* aus dem Bereich der Soziologie und Psychologie treten an ihre Stelle. M. a. W.: Die institutionelle Betrachtungsweise ist prinzipiell verschieden von jener der ökonomischen Betrachtungsweise, sei letztere nun «monetaristisch», «keynesianisch» oder «wicksellianisch» (vgl. hierzu K. Brunner, 1973).

2. Hypothesen über die Determinanten des Verteilungskampfes

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wollen wir uns einer bestimmten Inflationsperiode zuwenden – der Nachkriegsjahre 1950–1977 – und *konkret* fragen:

1. *Wer*, d. h. welche Personen oder Personengruppen (Interessengruppen), sind, nach Meinung von Vertretern der Verteilungskampftheorie, verantwortlich gewesen für die Infla-

tion der Nachkriegsjahre? Welche Machtgruppen oder autonomen Preisfixierer bestritten hauptsächlich den Verteilungskampf in dieser Periode? – Nennen wir die Antwort(en) darauf die *soziologischen Hypothesen*¹ über die Inflationsursachen.

2. Warum kam es zu Verteilungskämpfen, d.h. welches waren die *Motive* für das Inflation-produzierende Verhalten dieser Personen oder Personengruppen, also welches waren die oft zitierten «tieferen Ursachen»? – Die Antworten darauf seien entsprechend die *psychologischen Hypothesen* genannt.

3. Welche *empirische Evidenz* gibt es für die Hypothesen 1 und 2?

2.1 Die soziologischen Hypothesen

In der folgenden Aufstellung werden links die häufiger genannten Verursacher von Inflation aufgeführt und rechts die sie postulierenden Autoren. Es wurde absichtlich der Schwerpunkt auf die deutschsprachige Literatur gelegt:

<i>Ursachen (X)</i>	<i>Vertreter</i>
Gewerkschaften, Arbeiter	Bach (1973), Bombach (1973), Deutscher Sachverständigenrat (JG 1966), Galbraith (1975), Kleinewefers (1976), Lutz (1972), Rahmann (1977)
Industriemonopole, Multinationale Unternehmen, Kartelle	Bach (1973), Bombach (1973), Deutscher Sachverständigenrat (JG 1966), Galbraith (1975), Kleinewefers (1976), Lutz (1972), Rahmann (1977)
(Stimmenmaximierende) Politiker	Bach (1973), Bombach (1973)
Beamte	Bombach (1976), Lutz (1972)
Bauern(verbände)	Lutz (1972), Kleinewefers (1976)
Hauseigentümerverbände	Kleinewefers (1976)
Jedermann, anonyme Gruppen, anonyme Verbandsfunktionäre, «stiller Bürgerkrieg», anonymer Inflationsprozess; Verantwortung nicht mehr zurechenbar	Ackley (1972), Bach (1973), Battegay (1976), Bombach (1973, 1976), Borner (1976), Deutscher Sachverständigenrat (JG 1966, JG 1975), Frey, B. und R. (1976), Harrod (1972), Hettlage (1976), Hicks (1975), Kneschaurek (1974), Müller (1976), Streissler (1973), Trappe und Hettlage (1976), Würgler (1972), Zawadski (1965)

¹ «Soziologisch» bezieht sich also hier nicht auf den Berufsstand der jeweiligen Autoren (Berufssoziologen), sondern auf die Art der behaupteten Determinanten der Inflation. Analoges gilt für die Bezeichnung «psychologisch».

Dem aufmerksamen Leser mag bei der Aufstellung für die soziologische Hypothese nicht entgangen sein, dass jeder Autorenname *mindestens bei zwei* der als verantwortlich angesehenen Personengruppen oder/und bei der letzten «Anonymitäts»-Gruppe erscheint. Dies ist ein Charakteristikum der Verteilungskampfhypothesen: Die Inflation wird auf das Verhalten von mehreren oder gar allen Gruppen bzw. Personen einer Gesellschaft zurückgeführt. Darin unterscheiden sie sich von zwei anderen populären Machthypothesen, in welchen jeweils nur eine Machtgruppe als Verursacher postuliert wird: der gewerkschaftlichen Lohn-druckhypothese und der Industrie-Monopolmacht-Hypothese.

2.2 Die psychologischen Hypothesen

Nach Meinung der verschiedenen Vertreter der Verteilungskampftheorie sind die Menschen «frustriert», «aggressiv», «neidisch» und ähnliches mehr. Die folgende Zusammenstellung gibt einen kurzen Überblick über die postulierten Motive inflationären Handelns:

<i>Ursachen (Z)</i>	<i>Vertreter</i>
Verstärkte Gefühle unfairer und ungerechter Einkommensverteilung, der relativen Ausbeutung; geistige Unterwanderung mit marxistischen Thesen	Ackley (1972), Bombach (1973), Hicks (1974, 1975), Jones (1973), Streissler (1973), Turvey (1971)
Politische Gleichberechtigung, ergo wird auch «Gleichberechtigung» in bezug auf Verteilung gefordert	Jones (1973), Streissler (1973)
Nachahmungstrieb des Menschen	Jones (1973), Panić (1976)
Extremes Legitimationsbedürfnis von Verbandsfunktionären, Stimmenmaximierung (in der Politik)	Bach (1973), Bombach (1973, 1976), Trappe und Hettlage (1976)
Ungenügende Disziplin in den Einkommensforderungen, allgemeine Ungeduld, Hypertrophie der Ansprüche (Anspruchsinflation) in bezug auf öffentliche und private Güter, wachsende Begehrlichkeit der Massen, süchtiges Verhalten	Battegay (1976), Bombach (1973, 1976), Bodmer (1975), Frey, B. (1973), Hettlage (1976), Kneschaurek (1974), Mackscheidt Schmölders (1968)
Interessen- und Rollenkonflikte des einzelnen (soziale Desintegration auf Grund erhöhten Wandlungstempos)	Battegay (1976), Hettlage (1976), Trappe und Hettlage (1976)
Fehlen einer sozialen Ethik	Battegay (1976)

Zusammenfassend können wir sagen, dass die Verteilungskampftheorie als eine sehr schillernde, analytisch schwierig zu fassende Hypothese erscheint. Jede beliebige soziale Gruppe, ja jeder einzelne kommt als Verursacher oder als Teilnehmer von Verteilungskämpfen (im folgenden abgekürzt mit VK) in Frage. Die Verantwortung für Inflation wird als nicht mehr zurechenbar angesehen. Ebenso wenig werden die o. a. Motive (Z) den einzelnen VK-Gruppen gruppenspezifisch zugeordnet. Inflation wird somit als ein *anonymes und amorphes Phänomen* aufgefasst. Wenn x_i die i-te soziale Gruppe symbolisiert und X ein Vektor aller sozialen Gruppen x_i ($i = 1, \dots, m$), dann kann die reduzierte Form der Inflationsgleichung der VK-Theorie in allgemeiner Form wie folgt geschrieben werden:

$$\hat{p} = F \{VK(X(Z)); \hat{y}\} \quad F_1 > 0 > F_2. \quad (1)$$

$\hat{p}$ stellt die Inflationsrate, $\hat{y}$ die reale Wachstumsrate dar. $F_1 > 0$ bringt zum Ausdruck, dass die Inflationsrate umso grösser sein wird, je stärker der Verteilungskampf (VK). $F_2 < 0$ dagegen repräsentiert die Vorstellung, dass eine Beschleunigung des realen Wachstums den Inflationsdruck mildert, da der «Kuchen», der zur Verteilung zur Verfügung steht, grösser wird² (s. z.B. Bombach, 1976, S. 19, und Streissler, S. 47). Entsprechend wirkt «Leistungsverweigerung» (s. z.B. Trappe und Hettlage, S. 70) inflationsfördernd.

3. Gibt es Restriktionen im Verteilungskampf?

Es stellt sich die Frage: Können jedwede Verteilungsansprüche oder -wünsche (auch unendlich grosse) nach den Vorstellungen der Verteilungskampftheoretiker auch *durchgesetzt* werden? Gibt es keine *Schranken*, die diese Ansprüche nach oben begrenzen und damit die Inflation bremsen könnten? In der Mikroökonomie ist der Umfang der gesamten Güternachfrage eines Haushalts oder einer Unternehmung begrenzt durch das vorhandene Einkommen und Vermögen; die Verschuldungsgrenze wird ebenfalls als von diesen Grössen abhängig angesehen. Makroökonomisch ist die entsprechende am meisten diskutierte relevante Budgetrestriktion gegeben durch die bekannte «Verkehrsgleichung» $MV = PY$. Daraus lässt sich folgende Form – ausgedrückt in Wachstumsraten ($\hat{}$) – ableiten:

$$\hat{y} - \hat{y}_r = \hat{m} - \hat{y}_r - \hat{p} + \hat{v}, \quad (2)$$

wobei $\hat{y}_r$ die (gegebene) reale Trendwachstumsrate bei Vollbeschäftigung symbolisiert. Nehmen wir an, dass die Zentralbank die Geldmenge konstant um $\hat{y}_r\%$

² Analytisch der VK-Theorie am nächsten kommt das Einkommens-Inflations-Modell in G. Gandolfo (1971, S. 45–47). Siehe auch J. Trevithick und Ch. Mulvey (1975, S. 30f.) und N. Müller (1976, Abschn. 4.2.3).

ausweitet ($\hat{m} = \hat{y}_t$), dann führt eine positive Inflationsrate – sei sie «verteilungskampftheoretisch» interpretiert oder anders – zu einer negativen Abweichung vom Trendwachstum und von der Vollbeschäftigung. Impliziert wird dabei eine relative Konstanz der Umlaufgeschwindigkeit³. Die Reduzierung der realen Wachstumsrate bzw. das Entstehen von Überkapazitäten wird – nach der ökonomischen Betrachtungsweise – zu einer Reduzierung der Inflationsrate führen. Dieses Konzept der *konjunkturreagiblen* Preise impliziert, dass *die geldpolitischen Behörden Inflation*, d.h. ein über mehrere Jahre anhaltendes Steigen der Preise, *verhindern können*.

Wie stehen nun die Verteilungskampftheoretiker zu dieser Sicht? Generell ist zunächst zu betonen, dass sie die Annahme einer relativ konstanten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes über die mittlere Frist akzeptieren, d.h. auch nach ihren Vorstellungen wird die Inflation nicht durch ein akkommodierendes Verhalten der Grösse *V* finanziert. Jedoch *kritisieren* sie *die Annahme konjunktur-reagibler Preise*. Die Preise sind entweder autonome Aktionsparameter der mit Macht ausgestatteten Verteilungskämpfer und daher überhaupt nicht konjunkturabhängig (extreme Position), oder sie reagieren erst mit einem sehr langen Lag auf Schwankungen in Konjunktur und Arbeitslosigkeit. In beiden Fällen werden demokratische Regierungen bzw. die (von ihr als abhängig gesehenen) Zentralbanken die implizierten Rezessionen nicht zulassen bzw. so schnell wie möglich einen Konjunktureinbruch rückgängig machen – durch eine den Verteilungskampf akkommodierende expansive Geld- und/oder Fiskalpolitik. Dies ist das so oft zitierte Argument von der «*Vollbeschäftigungsgarantie*» demokratischer Regierungen, eine Verallgemeinerung des Arguments vom «labor standard» der Geldpolitik von M. Reder (1948) und J. Hicks (1955). Dazu einige Zitate:

Kleinewefers (S. 22–23):

«Gegen die *Erpressung* (von Parlament, Regierung und vor allem der Zentralbank) mit selbst verursachten Absatz- und Beschäftigungskrisen ist so lange kein Kraut gewachsen – auch die grösste rechtliche Unabhängigkeit der Zentralbank nicht –, wie Absatz- und Beschäftigungskrisen ohne Rücksicht auf ihre Ursachen als *unter keinen Umständen tolerierbar* angesehen werden. In diesem Punkt sind sich aber heute praktisch alle wichtigen Interessengruppen – vor allem Gewerkschaften und Unternehmerverbände – einig und setzen sich daher im politischen Kampf um das Geldangebot auch gegen das kleine Fähnlein der aufrechten Geldwertschützer – vor allem Sparer und Rentner – durch» (Hervorh. W.F.).

Und Bombach (1976, S. 264):

«(Die monetaristische Forderung einer konstanten monetären Expansionsrate hilft) den wirtschaftspolitischen Instanzen nicht aus ihrer Problemsituation (heraus), aus *politischen*

³ Eine bestimmte Trendwachstumsrate von *V* kann einfach in die obigen Ausführungen eingebaut werden, ohne dass die qualitativen Schlussfolgerungen verändert werden. – Nicht einbezogen in die vorliegende Arbeit ist das Phänomen «Hyperinflation», wie z.B. 1923 und 1948 in Deutschland.

und gesellschaftlichen Motiven und gegen die ökonomische Vernunft oft die monetäre und fiskalische Expansion zulassen zu müssen» (Hervorh. W.F.).

Das Postulat der Vollbeschäftigungsgarantie demokratischer Regierungen bzw. der «Endogenität der Geldpolitik» findet sich z.B. auch bei G.L. Bach (1973), J. Hicks (1975), G. Ackley (1972), H. Würgler (1972), u.a. Damit wird folgende Reaktionsfunktion des Geldangebots unterstellt (in allgemeinsten Form):

$$\hat{m}^s = H \{ (\hat{y} - \hat{y}_t) \{ \hat{p}(\text{VK}(\text{X}(\text{Z}))) \} \} + \hat{y}_t$$

$$\text{mit Vorzeichen } H \{ \quad \} = - \text{Vorzeichen } (\hat{y} - \hat{y}_t), \quad \frac{\delta (\hat{y} - \hat{y}_t)}{\delta \hat{p}} < 0. \quad (3)$$

4. Vorschläge zur Inflationsbekämpfung

Das Argument der akkommodierenden Geldpolitik impliziert, dass Inflationsbekämpfung nur durch Einwirken auf die Determinanten des Verteilungskampfes (X und/oder Z) erfolgreich sein kann. Die «konventionellen ökonomischen Weisheiten» (monetäre Restriktionen) genügen nicht mehr (A. Jones), denn «what was true in the old days is no longer true» (J. Hicks). Als repräsentativ kann folgende Einstellung von Streissler (1973, S.49) angesehen werden:

«Der Grossteil einer sinnvollen Anti-Inflationspolitik kann jedoch überhaupt nicht ökonomisch sein, weil die Inflationsursachen nicht rein ökonomisch sind... *Anti-Inflationspolitik ist vor allem Teil der Gesellschaftspolitik, nicht der Wirtschaftspolitik.*»

Die Anti-Inflationsvorschläge sind weiter durch die Meinung geprägt, dass eine Anti-Inflationspolitik breit angelegt sein muss, um den «vielfältigen Ursachen» der Inflation Herr zu werden. So schreibt z.B. Bombach (1976, S.12):

«Unbestritten ist, dass die *Inflation* – und insbesondere ihre beängstigende Beschleunigung bis in die jüngste Vergangenheit – *nicht eine einzige, sondern viele Ursachen* hat. Es besteht deshalb auch wenig Aussicht, sie mit einer einzigen, einfachen Therapie in den Griff zu bekommen. Die Suche nach Zauberformeln ist vergeblich. Der Kampf gegen die Inflation muss auf vielen Schlachtfeldern geschlagen werden, auf Haupt- und Nebenkampfstätten. Der Sieg wird nicht in einer einzigen, grossen Schlacht entschieden sein.»

Nun zu den Vorschlägen im einzelnen.

4.1 Vorschläge zur Inflationsbekämpfung gemäss der psychologischen Hypothese

Nach den Soziologen Trappe und Hettlage können nur «ein Norm-(und Struktur-)Wandel» bzw. «neue Verhaltensorientierungen» den Trend steigender Ansprüche brechen. Im einzelnen führen Trappe und Hettlage (S.80–83) dazu aus:

Diese «Neuorientierung» der Normen «kann grundsätzlich von zwei Seiten angegangen werden: 1. von der *rechtlichen Normierung*, 2. von der *ausserrechtlichen Normierung*». Erstere umfasst Massnahmen, um das freie Handeln der *Verbände* in gesetzlich geregelte Bahnen zu lenken, verstärkte Kontrollrechte der Verbandsmitglieder und demokratisch legitimierte Kontrollinstanzen über die Massenmedien. Die ausserrechtliche Normierung umfasst «*Hinweise auf sozial-ethische Verhaltenskodices*» wie z.B. «orderly marketing», «fair play», «fairness doctrine», «Ehrenkodex der Presse», «kollektive Gesetzestreue», «kollektives Vertrauen», u.a. Das bedeutet die Entwicklung einer «*normativen Demokratietheorie...*», die Inhalte ethischer Normen aufzuweisen imstande ist – also eine Basis für die Einleitung reintegrativer Prozesse darstellen kann» (S.83.).

Das Ziel ist somit die *Schaffung oder Formung eines Menschen mit einer neuen Sozialethik*. In etwa dieselbe Richtung gehen die Vorschläge des Psychologen Battegay (S.85–87). Nach ihm können wirtschaftspolitische Massnahmen die «*psychologische Inflation der Ansprüche*» nicht stoppen, sondern führen «höchstens zu einer Stauung von Frustrationsgefühlen und entsprechender Aggressivität der Bürger». Was wir nach ihm brauchen, ist *vermehrte Diskussion und Kommunikation in Gruppen* – bei der Arbeit und in der Freizeit – *über gemeinschaftliche Probleme und Normenkonflikte*.

4.2 Vorschläge gemäss der soziologischen Hypothese

Vorschläge dieser Kategorie können ihrerseits wieder unterteilt werden in solche, die primär auf freiwillige, stabilitätsbewusste Kooperation («freiwillige Einkommens-,Politik») verteilungskämpferischer Gruppen und Individuen bauen, und solche, die direkte staatliche Kontrollen als unvermeidbar erachten.

In bezug auf *freiwillige*, stabilitätsorientierte Kooperation stellt sich zunächst die Frage: Kooperation von wem? Viele der Verteilungskampftheoretiker gehen ja davon aus, dass die Inflation ein anonymer Prozess sich wechselseitig hochschaukelnder Ansprüche ist. Wo soll bei dieser «Anonymisierung der Verantwortung», bei dieser Eigendynamik eine Anti-Inflationspolitik ansetzen?

Nun, wenn Verantwortung nicht mehr bei einzelnen oder Gruppen lokalisiert werden kann, ist dem «anonymen Mechanismus» nur noch beizukommen, wenn man versucht, alle Beteiligten bzw. alle über «Macht» verfügenden Gruppen an einen Tisch zu bringen, um ihnen das Erfordernis von kollektiver Vernunft und mehr gesellschaftlicher Disziplin *einsichtig* zu machen, von mehr sozialem Verantwortungsbewusstsein, von einer neuen Sozialethik, von neuen sozialen Spielregeln. Die Vertreter sind daher auch starke Befürworter von «Konzertierten Aktionen» (wie in der BRD), von «Sozialer Partnerschaft» (wie in Österreich), von «Sozialen Konkordaten» (wie in Grossbritannien) oder ähnlichen harmonie-

ökonomischen Konzepten (s. z. B. den Deutschen Sachverständigenrat, Gutachten von 1967, Ziff. 329; E. Streissler, 1973, S. 41 und 49; Bombach, 1973, S. 33; A. Jones, S. 190 und 204–205). In solchen Gremien soll die Regierung lediglich die Aufgabe erfüllen, «ein politisches Klima der wechselseitigen Kooperation und des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen» (Streissler, 1973, S. 49).

Eine andere Gruppe von Autoren sieht *staatlichen Zwang* zur Bekämpfung der Inflation als unerlässlich an. Sie sind der Meinung, dass die auf Freiwilligkeit beruhenden Programme nur auf lange Frist Erfolg haben werden, da die Menschen noch nicht reif für «freiwillige Kooperation» seien (A. Jones, S. 204) bzw. die menschliche Natur, d. h. die vererbten Verhaltensneigungen (W. Bodmer, R. Frey) nur sehr bedingt und sehr langsam verändert werden können. Jones sieht den staatlichen Einfluss in Form von *Lohn- und Preiskontrollen* durch eine «unparteiische Kontrollbehörde», mit der Möglichkeit von Sanktionen durch einen Hohen Gerichtshof gegen den «Störenfried». Zur Gruppe der generellen Befürworter von direkten Preiskontrollen gehören auch G. Ackley (S. 219) und J. K. Galbraith (S. 308–309). Sie gehen davon aus, dass Preise von Produkten und Dienstleistungen von mächtigen ($\equiv$ autonomen) Marktgruppen als Waffen im Verteilungskampf verwendet werden. Diese Macht kann nur gebrochen werden (z. T. zum Schutze der weniger Mächtigen), indem in den Märkten direkt interveniert wird. – Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe um N. Celio hingegen sieht den staatlichen Zwang in Form *wirtschaftspolitischer Massnahmen* (s. R. Frey, S. 89). Sie «gehen davon aus, dass (eine) Globalsteuerung (im Sinne einer optimalen (?) Kombination von Geld- und Fiskalpolitik) auch künftig das wichtigste konjunkturpolitische Instrument sein wird...» (Bombach, 1976, S. 23). Die Gebrüder Frey (S. 39–41) empfehlen Steuererhöhungs- und Staatsausgabensenkungen (Verhinderung von «Budgetdefiziten») und bessere Regelungen bezüglich effizienterer, politischer Durchsetzbarkeit von Bekämpfungsmassnahmen. S. Borner (S. 63–65) erhofft sich eine Besserung von einer stärkeren Durchdringung von Wissenschaft und Politik. Und Lademann (S. 46, S. 49–50) plädiert für vermehrte geldpolitische Instrumente, damit die Geldpolitik «optimal» (?) durchgeführt werden kann. Nur Kleinewefers (S. 22) sagt auch konkret, was er unter verantwortungsbewusster Geldpolitik versteht. – Streissler (S. 47–48) plädiert u. a. für eine sinnvolle (?) Wachstumspolitik, die die Produktivität und das reale Wachstum fördert und damit die Verteilungskämpfe mildert.

5. Empirische Evidenz

Die Zahl empirischer Arbeiten über die Verteilungskampftheorie ist sehr klein. Dies steht in Kontrast zu der grossen Popularität dieser Theorie. Und die empirische Evidenz dieser wenigen Studien ist sehr kritisch zu beurteilen.

Wir kennen ganze zwei empirische Studien zur Verteilungskampfhypothese. Beide wenden sehr elementare statistische Methoden an. Wenden wir uns zuerst jener von M. Panić (1976) zu. Gegenstand seiner Untersuchung ist, die Zusammenhänge zwischen «Anspruchslücken», Inflationsraten, Pro-Kopf-Einkommen, Ungleichheit der Einkommensverteilung und anderen Variablen mit Hilfe einer (internationalen) Querschnittsanalyse zu untersuchen. Dazu verwendet er Daten für 18 Länder von verschiedenen Kontinenten. Er definiert «Anspruchslücke» als

«gap between the standard of living and the status which people have and those that they would like to have. ... The size of the gap will depend on changes experienced by individuals, groups and nations relative to those of their, reference groups', i.e., those they normally compare» (S. 5–6).

Um dieser vagen Definition einen etwas konkreteren Inhalt zu geben, nehme man an, dass das höchste Pro-Kopf-Einkommen unter diesen 18 Nationen – welches in seiner Stichprobe jenes der USA-Bevölkerung ist – das «Referenz-Einkommen» sei (entsprechend sind also die Amerikaner die «Referenz-Gruppe»). Dann ist die «Anspruchslücke einer bestimmten Nation» (?) die Differenz zwischen dem US-Pro-Kopf-Einkommen und dem Pro-Kopf-Einkommen dieser Nation. Panić berechnet nun zwei einfache Korrelationskoeffizienten zwischen den nationalen Pro-Kopf-Einkommen des Jahres 1971 und durchschnittlichen Inflationsraten in diesen Ländern, einmal für die Periode 1959–1974 und dann noch für die Unterperiode 1969–1974. Für beide dieser Perioden ergeben sich negative Korrelationskoeffizienten, die signifikant verschieden von Null sind. Ausserdem findet er eine signifikante negative Korrelation zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1971 in diesen Ländern und ihren Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung für die Mitte der sechziger Jahre. Zur Aussagefähigkeit des Gini-Koeffizienten bemerkt er: «Je kleiner der Gini-Koeffizient der Lorenzkurve, um so gleicher sind die Einkommen.» Konsequenterweise interpretiert er die festgestellte negative Korrelation wie folgt: Je höher das Pro-Kopf-Einkommen in einem Land, um so gleicher ist die Einkommensverteilung. Aus den beiden erwähnten Korrelationsbeziehungen zusammen schliesst er, dass die Inflationsrate um so höher sein wird, je grösser die Ungleichheit der Einkommensverteilung (ausgedrückt durch den Gini-Koeffizienten). Da «es sehr unwahrscheinlich ist, dass wir (in der nächsten Zukunft) für jeden einen nordamerikanischen Lebensstandard bzw. -stil erreichen können, bedeuten die Ungleichheit und somit die daraus resultierenden inflationären Tendenzen eine weltweite Herausforderung» (S. 14; Übers. W.F.).

Wenden wir uns der zweiten empirischen Arbeit zu, bevor wir unsere Kritik ansetzen. In einer Zeitreihenstudie über «Inflation, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung» für die Bundesrepublik Deutschland regressiert B. Rahmann (1977) die Inflationsrate ($\hat{p}$) mit der volkswirtschaftlichen Lohnquote (LQ)⁴. Er

⁴ Die Lohnquote ist bereinigt um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur.

verwendet Jahresdaten für die Periode 1960–1976 und erhält folgende Schätzgleichung:

$$\hat{p} = -69,05 + 1,16 \text{ LQ} \quad R^2 = 0,86$$

$$(10,94) (0,17) \quad DW = 1,35$$

In Klammern die Standardfehler.

Der Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Lohnquote ist positiv und signifikant. Wie ist diese Beziehung zu interpretieren, d.h. was sagt die Lohnquote aus? Rahmann schreibt:

«Die *Veränderung* der Lohnquote kann interpretiert werden als ein Zeichen für den Verteilungserfolg der betreffenden Gruppe (d.h. hier: der Arbeiter und Angestellten; Anm. W.F.); die *Höhe* der Lohnquote zeigt, wie intensiv die betreffenden Parteien über die Einkommensverteilung kämpfen» (S. 374; Hervorh. W.F.).

Die Lohnquote ist somit ein Indikator für die Intensität des Verteilungskampfes (s. auch S. 388). Sein Regressionsergebnis wird entsprechend interpretiert als Evidenz dafür, dass ein intensiverer Verteilungskampf (d.h. ein Ansteigen der Lohnquote) zu einer Beschleunigung der Inflationsrate führt. Wenn die Arbeitslosenquote U als zusätzliche erklärende Variable eingeführt wird, erhält er folgende Regressionsgleichung:

$$\hat{p} = -80,19 - 0,32 U + 1,35 \text{ LQ} \quad R^2 = 0,88$$

$$(13,37) (0,23) (0,22) \quad DW = 1,46$$

$$N = 17$$

Die Arbeitslosenquote ist keine signifikante Variable. Als einzig relevante erklärende Variable in dieser Inflationsgleichung erscheint der Indikator für den Verteilungskampf. Dies impliziert u.a. eine horizontale Phillipskurve.

6. Kritik

6.1 Kritik der empirischen Studien

Sowohl Panić als auch Rahmann wählen Indikator- bzw. Proxievariablen für das nichtbeobachtbare Konzept «Verteilungskampf», welche kaum geeignet sein dürften als Indikatoren für das, was sie messen sollen. Abgesehen davon, dass auch in den von Verteilungskämpfern bevorzugten keynesianischen Makromodellen die von Panić und Rahmann verwendeten Variablen eindeutig endogenen Charakter haben und es daher nicht klar ist, wie sie auf einmal als Politik- oder Instrumentvariablen qualifiziert sein sollen, ist es nicht überzeugend, wie Gini-Koeffizienten oder das Niveau von Lohnquoten jene soziopsychologischen «tie-

feren Wurzeln» der Inflation messen sollen, die im Zentrum der Verteilungskampftheorie stehen.

Wenden wir uns zunächst spezifisch Panićs Querschnittanalyse zu und fragen: Was hat eine Durchschnittszahl wie das nationale Pro-Kopf-Einkommen zu tun mit der Gesamtheit an Frustration oder mit der Intensität eines Verteilungskampfes, die in einem bestimmten Land in einer bestimmten Zeitperiode vorhanden sein mag? Und wie kann ein internationaler Vergleich entsprechender Durchschnittszahlen entsprechenden Aufschluss geben? «Frustrationsgefühle», ein Sich-verstärkt-Bewusstwerden von Ungerechtigkeit usw. sind subjektive Begriffe und Charakterisierungen, die sich auf Individuen beziehen. Eine Nation oder andere soziologische Konzepte z.B. haben kein «Gefühl der Frustration». – Auf eine verwandte Situation weist folgende Frage hin: Warum soll ein Individuum in einem bestimmten Land ein Durchschnittseinkommen in einem anderen Land als Vergleichs-(Referenz-)Einkommen wählen? Warum nicht z. B. (Durchschnitts-)Einkommen einer Gruppe oder einer Person aus der Nachbarschaft (also dem eigenen Land)? Der Leser vermisst eine diesbezüglich ausformulierte Hypothese sowie die Diskussion alternativer Hypothesen.

Eine andere Frage ergibt sich aus dem Querschnittscharakter von Panićs Analyse. Wie will er Änderungen der Inflationsrate *über die Zeit* erklären, d.h. Beschleunigungen und Verlangsamungen, und wie annähernd die konkrete *Größenordnung* der Inflationsrate in irgendeinem Land in irgendeiner Periode? Ein weiteres Problem ergibt sich aus seiner Definition der «Anspruchslücke», die ja definiert ist in bezug auf ein Referenzland (hier die USA mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen). Wie erklärt er die (Geschichte der) Inflation in diesem Referenzland, das ja, seiner Definition folgend, eine negative (!) Anspruchslücke aufweist und daher negative Inflationsraten aufweisen sollte oder zumindest eine Inflationsrate von Null, wenn es sein eigenes Pro-Kopf-Einkommen als Referenzeinkommen heranzieht (Anspruchslücke gleich Null)? Wie die Realität zeigt, ist dies für die überwiegende Zeit der letzten 25 Jahre nicht der Fall gewesen. – All die o. a. Fragen finden wir von Panić nicht diskutiert, geschweige denn beantwortet.

Rahmanns Lohnquote soll die Intensität des Verteilungskampfes messen. Es ist jedoch unklar, wie das *Niveau* dieser Indikatorvariablen die Intensität eines dynamischen Prozesses wie des Verteilungskampfes darstellen soll. Warum soll z. B. eine Lohnquote von, sagen wir, 70% einen intensiveren Verteilungskampf als eine Quote von 60% anzeigen? – Ein weiterer Punkt ist, dass die Verteilungskampftheorie so allgemein gehalten ist, dass ein *Gesamtindikator* für die Intensität des Verteilungskampfes aller sozialen Gruppen oder zumindest der bedeutendsten gefunden werden muss, nicht nur ein Massstab für eine Gruppe. – Rahmanns Ansatz ist ferner nicht dazu geeignet, Inflation in *sozialistischen Ländern* zu erklären, wo quasi durch Definition die Lohnquote immer gleich 100% beträgt (zur Geschichte der Inflation in einigen sozialistischen Ländern siehe z. B. R. Portes, 1977).

6.2 Die Chancen für empirische Evidenz zugunsten der Verteilungskampfhypothese der Inflation

Die entscheidende Eigenschaft wissenschaftlicher Erklärungen ist, dass sie von Gesetzmässigkeiten (Gesetzen) Gebrauch machen (siehe R. Carnap, 1966, Kap. I). In der empirischen Wissenschaft werden mit diesen postulierten Gesetzen Aussagesätze (Implikationen) über empirische Phänomene abgeleitet. Sollen diese theoretischen Gesetze einen Erklärungswert besitzen, so müssen sie durch empirische Gesetze, d.h. durch beobachtbare Regelmässigkeiten über unsere Welt, ergänzt werden. In den Sozialwissenschaften nehmen diese Gesetze i.d.R. die Form statistischer Gesetze an, d.h. sie sind mit Wahrscheinlichkeiten behaftet.

Aus diesen einleitenden Sätzen geht hervor, dass eine notwendige Bedingung für den Test einer Inflationserklärung diejenige ist, dass die von ihr behaupteten Ursachen beobachtbar sind. Hier konkret: Sind die «neuen» erklärenden bzw. unabhängigen Variablen, die soziologischen und psychologischen «Determinanten des Verteilungskampfes» (also X bzw. Z), beobachtbar oder doch zumindest approximierend feststellbar durch Indikatoren (Proxies)⁵?

Schauen wir uns zuerst näher die soziologischen Determinanten X in unserer obigen Aufstellung an, und zwar zunächst die konkret beim Namen genannten Gruppen. Wie misst man die «Macht» von Gewerkschaften und Industriemonopolen, von Bauernverbänden und anderen Organisationen? Die betreffenden Autoren diskutieren weder die involvierte Indikatorproblematik, geschweige denn weisen sie auf diesbezügliche theoretische und empirische Arbeiten hin⁶. Am enttäuschendsten unter dem laufenden Aspekt ist jedoch die letzte Gruppe von Autoren, die Inflation als «anonymen Prozess», als von «jedermann verursacht», als «stillen Bürgerkrieg» charakterisieren. Wie können solche Hypothesen empirisch jemals überprüft werden?

Wenden wir uns den behaupteten psychologischen Determinanten Z zu, so finden wir Begriffe wie: allgemeine Ungeduld, «übermässige» Nachfrage nach und entsprechendes Angebot an öffentlichen Gütern, Gruppenmacht, Zuflucht ins Kollektiv, Leistungsverweigerung, Normen- und Rollenkonflikte, desintegrative soziale Prozesse, Zukunftseuphorie und -angst, Aggressivität und Legitimationsneurose von Verbandsfunktionären, süchtiges Verhalten usw., usw. An welchen beobachtbaren Grössen können wir Bewegungen in diesen Determinanten ablesen? Gibt es irgendetwas Proxies, und wenn ja, welche? Oder haben wir es mit

⁵ Beobachtbar bedeutet hier *beobachtbar im weitesten Sinn*, d.h. nicht unbedingt messbar. Auf was es ankommt, sind beobachtbare Variationen in den postulierten Ursachenvariablen oder -erscheinungen, die den Variationen der Inflationsrate gegenübergestellt werden können, um zu prüfen, ob der postulierte (systematische) Zusammenhang besteht.

⁶ Z.B. liegen zahlreiche Arbeiten zur gewerkschaftlichen Aggressivitätshypothese vor oder zur industriellen Monopolmachtshypothese der Inflation. Siehe die in Kürze erscheinende Arbeit des Autors über psychosozialistische Inflationshypothesen.

Aussagesystemen zu tun, die reine Glaubenssätze, nichtbeweisbare Behauptungen, reine «Glasperlenspiele» sind, die mit falsifizierbaren Erklärungen unserer Umwelt, also mit Sozialwissenschaft, nichts zu tun haben?

Wir bezweifeln, dass für die Mehrzahl der aufgeführten Determinanten diese Evidenz jemals erbracht werden kann. Der Grund ist, dass die Determinanten des Verteilungskampfes als «Wurzeln der Inflation» zu vage formulierte theoretische Konzepte sind, ohne empirische Gegenstücke und daher *nicht überprüfbar*. – Es scheint, dass allen Verteilungskampfhypothesen die Vorstellung zugrunde liegt, dass jeder und *alles*, was zu Interessenkonflikten führen kann, als Grund für Verteilungskampf und daher für Inflation in Frage kommt. Ausserdem ist der häufige Gebrauch der Modalitätsworte «könnte», «dürfte», «möglich» hervorzuheben (s. insbesondere Trappe und Hettlage, S.67). Solche Modalitätssätze sind ohne Erklärungswert, da ihr Gegenteil in gleicher Weise behauptet werden kann.

Für die Verteilungskampffidee existiert kein konsistent formulierter, analytischer Rahmen, und deshalb zögern wir, überhaupt von einer Theorie zu sprechen, geschweige denn von einer Theorie, für die die geringste empirische Evidenz existiert. Die geschilderte Situation legt eher folgende Reinterpretation nahe: Auf Grund des Fehlens von Indikatoren und genauen Definitionen der Ursachen des Verteilungskampfes würde als einziger Indikator für einen solchen Kampf die Inflationsrate selbst in Frage kommen. Je höher diese Inflationsrate ist, um so intensiver wäre der «zugrunde liegende» Kampf um Einkommensanteile. Aber diese Sicht muss aus Analogiegründen eine «*Inflationstheorie des Verteilungskampfes*» genannt werden, und die Argumentation wird zirkulär und nicht länger zweckmässig.

6.3 Das Argument von der Vollbeschäftigungsgarantie

Das Argument der Vollbeschäftigungsgarantie stellt, wie oben gezeigt, einen integralen Bestandteil der Verteilungskampftheorie dar (vgl. Abschnitt 3 oben). Zu diesem Argument ist zweierlei zu sagen. Erstens ist es nichtkognitiv, d.h. es realisiert nicht unsere beobachtbare Umwelt. Diese zeigt in allen Industrieländern in den Nachkriegsjahren beträchtliche Schwankungen von Arbeitslosenquoten oder realen Wachstumsraten, und diese sind nicht nur momentane bzw. kurzfristige Ereignisse, wie gerade die letzten Jahre gezeigt haben. Zweitens haben wir oben ausgeführt, dass dieses Argument eine endogene Geldpolitik impliziert [s. die Reaktionsfunktion des Geldangebots (3)]. Diese Formulierung unterstellt, dass die Geldbehörden erst auf effektiv eintretende Änderungen von Beschäftigung und Konjunktur reagieren. Das Argument staatliche «Vollbeschäftigungsgarantie» soll jedoch in vielen Fällen heissen, dass solche realen Schwankungen gar nicht erst zugelassen werden. Das bedeutet aber, dass die Geldpolitik antizipatorischen

Charakter annehmen muss: Sie muss versuchen, die zu unerwünschten realen Schwankungen führenden autonomen Preisveränderungen ihrer Grösse nach im voraus abzuschätzen, um rechtzeitig die Geldmenge um einen entsprechenden Betrag akkommodierend auszuweiten oder einzuschränken. Durch diese u. E. adäquate Interpretation des Arguments «Vollbeschäftigungsgarantie» wird die obige Formulierung zu

$$\hat{m}^s = \hat{m}^s \{ \hat{p}^{(+)}(VK(X, Z)); \hat{y}_t \}, \quad (4)$$

wobei $\hat{p}^a$ die von den Geldbehörden antizipierte Inflationsrate darstellt. Bei einer steady state-Betrachtung ist $\hat{p} = \hat{p}^a$ und (4) wird zu

$$\hat{m} = \hat{m} \{ \hat{p}(VK(X, Z)); \hat{y}_t \}. \quad (5)$$

Eine Ausformulierung des Arguments Vollbeschäftigungsgarantie mit Hilfe von (4) hat eine interessante Implikation: Die realen Schwankungen in $\hat{y}$ um $\hat{y}_t$ sind auf Fehlantizipationen der Geldbehörden in bezug auf p bzw. $\hat{p}$ zurückzuführen. Diese Implikation der These von der Vollbeschäftigungsgarantie kann dem Ansatz von R. Barro (1977) gegenübergestellt werden, in dem die Abweichungen der realen Wachstumsrate von ihrem Trend durch die Fehlantizipationen der Wirtschaftssubjekte in bezug auf die monetäre Wachstumsrate erklärt werden. – Dieser Aspekt ist von den Verteilungskampftheoretikern nirgends diskutiert und sollte weiter ausgearbeitet werden.

6.4 Abschwungsphasen und negative Raten der Inflation

Wie erklären die Verteilungskampftheoretiker die beobachtbaren Abschwungsphasen oder gar die negativen Raten der Inflation in verschiedenen Ländern? Sind die «Machtgruppen» einmal mehr aggressiv, dann mal wieder weniger aggressiv, und geht letzteres so weit, dass ihre Forderungen so weit schrumpfen, dass ihre Summe kleiner als der zu verteilende Kuchen wird? Wird der Verteilungskampf zu einem Verteilungskampf? Warum diese Phasen unterschiedlicher Bescheidenheit, wenn die grossen sozialen Gruppen doch so autonom, anonym und mächtig sind?

6.5 Anti-Inflationsprogramme

Wenden wir uns zunächst jenen Vorschlägen zu, die die Inflation durch staatliche Eingriffe wirtschaftspolitischer Art bekämpfen wollen, dann geben sich zunächst zwei Kritikpunkte konzeptioneller Art. Erstens: Wie in Abschnitt 3 dar-

gelegt, gehen die Verteilungskampftheoretiker davon aus, dass sich Geld-(und Fiskal-)Politik dem autonomen Inflationsdruck der Verteilungskämpfer gegenüber akkommodierend verhalten (sich «erpressen» lassen). Wirtschaftspolitische Massnahmen setzen jedoch «autonome», d. h. *nichtakkommodierende* Wirtschaftspolitiker voraus. Was also fehlt in der Analyse, ist eine Hypothese darüber, wie man aus akkommodierenden Wirtschaftspolitikern nichtakkommodierende Politiker macht. Analoges gilt für die *sozialpolitischen* (d. h. einkommenspolitischen) Vorschläge mit direkter Staatsintervention, denn es ist a priori nicht klar, warum die Träger der Sozialpolitik als weniger «erpressbar», als weniger akkommodierend oder «endogen» (relativ zu den Verteilungskämpfen) angesehen werden können als ihre wirtschaftspolitischen Kollegen. Zweitens: Wie wir ebenfalls in Abschnitt 3 dargelegt haben, sind wirtschaftspolitische Anti-Inflationsmassnahmen nur dann wirksam, wenn konjunkturreagible Preise unterstellt werden. Diese Annahme wird jedoch, wie oben gezeigt, von den Verteilungskampftheoretikern nicht akzeptiert; sie unterstellen «autonome» Preisfixierer, die von Marktungleichgewichten unabhängig sind. Das heisst: *Die Annahme eines autonomen Verteilungskampfes und die Forderung nach wirtschaftspolitischen Anti-Inflationsmassnahmen sind inkonsistent*. Abgesehen davon sind viele der wirtschaftspolitischen Vorschläge so allgemein gehalten («optimale» [?] Kombination von Geld- und Fiskalpolitik, «sinnvolle» [?] Wachstumspolitik), dass sie wirtschaftspolitisch wertlos sind. Zum Erfolg von staatlicher Einkommenspolitik ist zu sagen, dass die empirische Evidenz nicht zu grossen Hoffnungen Anlass gibt (s.M. Parkin und T. Sumner, 1972; M.H. Kosters und J.D. Ahalt, 1975), es sei denn, die einkommenspolitischen Kontrollen werden konsequent unterstützt durch gleichgerichtete wirtschaftspolitische Programme (insbesondere geldpolitischer Art).

Bei den sozialpolitischen Vorschlägen *ohne direkte Staatsintervention* ist zu fragen: Was bedeuten die schön klingenden Worte wie «soziale Verantwortung», «soziale Partnerschaft», «konzertierte Aktion», «einkommensverteilungspolitische Richtlinien» u. ä. *konkret*? Sie bleiben wiederum leere, rein programmatische Aussagen, solange sie nicht ausgefüllt bzw. ergänzt werden mit konkreten Inhalten, die Antworten darstellen auf z.B. folgende Fragen: Auf *welchen Verteilungsnormen* sollen die Richtlinien basieren? Was bedeutet «*faire*» oder «*gerechte*» Einkommensverteilung? *Wer* soll diese Normen formulieren? Wie sollen sie in der Realität *durchgesetzt* werden?

Gerade die jüngste Geschichte im Jahre 1977 zeigt, wie zerbrechlich diese auf «Freiwilligkeit» und «gegenseitige Einsicht» aufbauenden Interessenabmachungen (social contracts) sind: In England waren die Gewerkschaften Mitte 1977 nicht mehr bereit, den Sozialkontrakt selbst unter einer Labour-Regierung weiter zu verlängern, und in der Bundesrepublik Deutschland zogen Ende 1977 die Gewerkschaftsvertreter unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung aus der «Konzertierten Aktion» aus. Auch sprechen andere Erfahrungen gegen den Erfolg

von «harmonie-ökonomischen» Vorschlägen. Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik Deutschland als auch die Institution der Sozialen Partnerschaft in Österreich haben nicht verhindern können, dass die beiden Länder in den Sog der weltweiten Inflation 1967–1974 gerieten.

Eine ökonomische Erklärung des Misserfolgs «konzertierter Inflationsbekämpfung» liefert Ch. Watrin (1971). Er geht davon aus, dass die Repräsentanten von Gruppen und Organisationen wie alle anderen *Individuen* ihren Nutzen maximieren wollen, unter Beachtung gewisser Restriktionen. Für ihre Aktionen sei nicht die Einsicht in eine vermeintliche «wahre» Interessenlage (die sich im konkreten Fall meist nicht bestimmen lässt) massgebend, sondern die Abwägung von «Aufwand» und «Ertrag» für sie selbst. Und weiter:

«Es ist nicht zu erwarten, dass die ‚autonomen Gruppen‘ sich freiwillig Bindungen auferlegen, wenn die *Marktchancen* Preis- und Lohnsatzsteigerungen zulassen... (Speziell) erweisen sich regierungsseitige Appelle an die ‚gesamtwirtschaftliche Verantwortung‘ der autonomen Gruppen als erfolglos, wenn sie in einer Phase der inflatorischen Entwicklung erfolgen» (Watrin, S.219).

6.6 Soziopsychologischer Erklärungsansatz versus politökonomischer Ansatz

Wird dieser ökonomische Erklärungsansatz auf das Verhalten der Politiker angewandt, so kommen wir zur «Politischen Ökonomie der Inflation». Wie weiter oben dargelegt, akzeptieren auch die Anhänger der Verteilungskampftheorie die monetäre Expansion als *notwendige* Bedingung für Inflation. Die entscheidende politökonomische Frage ist dann jene nach den Bestimmungsgründen der monetären Alimentierungspolitik und ihres zeitlichen Ablaufs. Dabei wird das Verhalten der (Zentralbank-)Politiker (POL) z. B. gesehen als abhängig von bestimmten institutionellen Arrangements (IA) (z. B. Zentralbankgesetzgebung) und damit zusammenhängenden «incentives»- und «disincentives»-Strukturen (IN), die u. a. von der Arbeitslosenquote, der Inflationsrate, der Kontrollen über die Zentralbankpolitik (auch durch «outside-Wissenschaftler») mitdeterminiert werden. Dieser *politökonomische* Ansatz als Alternative zum *soziopsychologischen* (5) kann entsprechend wie folgt ausgedrückt werden:

$$p = \hat{p}(\hat{m}(\text{POL}|\text{IA}, \text{IN})). \quad (6)$$

Die Ansätze (5) und (6) involvieren total verschiedene Forschungsstrategien. Ein wichtiger Unterschied ist z. B., dass der soziopsychologische Ansatz von der Verantwortung der Politiker, insbesondere der Geldpolitiker, ablenkt und diese Millionen von Bürgern bzw. anonymen Verbandsfunktionären zuschreibt. Damit enthält dieser Ansatz ein Alibi für die Geld- und Fiskalpolitiker, ganz im Gegensatz zum politökonomischen Ansatz, in dem die Politiker weiter im Zentrum der Analyse stehen.

Von den VK-Theoretikern hat B. Frey (1977, gemeinsam mit F. Schneider) eine in die politökonomische Richtung gehende (provisorische) empirische Arbeit vorgelegt (für die BRD)⁷. Aus der englischsprachigen Literatur wären hier u. a. J. Wood (1967) und insbesondere R. J. Gordon (1975) sowie der entsprechende Kommentar von K. Brunner (1975) zu nennen. Jedoch befindet sich dieser Ansatz noch in einem sehr frühen Entwicklungsstadium.

Literatur

- Ackley, G. (1972): An Incomes Policy for the 1970's, *Review of Economics and Statistics*, August 1972, S. 218–222.
- Åkerman, J. (1960): An Institutional Approach to the Problem of Inflation, in: Bombach, G. (Hrsg.), *Stabile Preise in wachsender Wirtschaft*, Tübingen, 1960, S. 1–18.
- Aujac, H. (1950): Une hypothèse de travail: L'inflation conséquence monétaire du comportement des groupes sociaux, *Economie appliquée*, Paris, T. 3 (1950), S. 280–300.
- Bach, G. L. (1973): *The New Inflation: Causes, Effects, Cures*, Brown University Press, Providence.
- Barro, R. (1977): Unanticipated Money Growth and Unemployment in the United States, A. E. R., März.
- Battegay, R. (1976): Psychiatrisch-psychologische Gedanken zur Inflation, in: N. Celio (Hrsg.), S. 85–88.
- Bodmer, W. (1975): Inflation entsteht durch menschliches Verhalten, *Brennpunkte*, 6. Jahrg., Nr. 4.
- Bombach, G. (1973): Inflation als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem, Basel.
- (1976): Ausgangslage, Ursachen der Inflation und Hauptinstrumente der Stabilisierungspolitik, in: N. Celio (Hrsg.), S. 11–24.
- Borner, S. (1976): Die Institutionalisierung und Wissenschaftliche Beratung der Stabilisierungspolitik, in: N. Celio (Hrsg.), S. 57–66.
- Brunner, K. (1973): Credit Market, Interest Rate and Three Types of Inflation, *Kredit und Kapital*, 1973, Heft 4, S. 375–414.
- (1975): Comment on R. J. Gordon, *Journal of Law and Economics*, Dezember 1975, S. 837–858.
- Brunner, K. und Meckling, W. (1977): The Perception of Man and the Conception of Government, *Journal of Money, Credit and Banking*, 1977, Februar, Part I, S. 70–85.
- Carnap, R. (1966): *Philosophical Foundations of Physics*, New York und London.
- Celio, N. (Hrsg.) (1976): *Inflationsbekämpfung unter veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen*, Bern und Stuttgart.
- Deutscher Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, verschiedene Jahresgutachten.
- Engler, N. (1974): Das Inflationsproblem aus konflikt-theoretischer Sicht, *Konjunkturpolitik*, 1. Heft, 1974, S. 20–41.
- Frey, B. und R. (1976): Konjunktur, Staat und öffentliche Finanzen, in: N. Celio (Hrsg.), S. 31–42.
- Frey, B. und Schneider, F. (1977): *Central Bank Behavior: A Positive Empirical Analysis* (photokopierter Entwurf).
- Frey, R. (1976): Zusammenfassung der Ergebnisse der interdisziplinären Arbeitsgruppe, in: N. Celio (Hrsg.), S. 89–97.
- Galbraith, J. K. (1975): *Money – Whence it came, where it went*, Boston.
- Gandolfo, G. (1971): *Mathematical Methods and Models in Economic Dynamics*, Amsterdam.
- Gordon, R. J. (1975): The Demand for and Supply of Inflation, *Journal of Law and Economics*, Dezember 1975, S. 807–837.

⁷ Auf dem jährlich von Karl Brunner in Interlaken veranstalteten Seminar über «Ideologie und Analyse» (Juni 1977). Diese Seminare befassen sich mit dem breiten Spektrum des Verhaltens von (politischen) Institutionen und Agenten, u. a. auch mit dem Zentralbankverhalten. Siehe auch allgemeiner den Artikel von William Meckling (1976) und K. Brunner und W. Meckling (1977).

- Harrod, R.* (1972): *The Issues: Five Views*, in: *Hinshaw, R.* (Hrsg.), *The Current Inflation*, London, Macmillan.
- Hettlage, R.* (1976): *Inflation und soziale Desintegration*, Wirtschaftsdienst, 1976, Heft 12, S. 640–648.
- Hicks, J.* (1955): *Economic Foundations of Wage Policy*, *Economic Journal*, 1955, S. 389–404.
- (1974): *The Crisis in Keynesian Economics*, Oxford.
- (1975): *The Permissive Economy*, in: *Institute of Economic Affairs, Crisis '75...?*, London 1975.
- Holzman, F.D.* (1950): *Income Determination in Inflation*, in: *Ball, R.H., and Doyle, P.* (Hrsg.), *Inflation*, 1970, S. 28–43.
- Jones, A.* (1973): *The New Inflation: The Politics of Prices and Incomes*, London.
- Kleinewefers, H.* (1976): *Inflation und Inflationsbekämpfung in der Schweiz*, Frauenfeld.
- Kneschaurek, F.* (1974): *Die Gründe der Inflation und deren Bekämpfung aus der Sicht des Delegierten für Konjunkturfragen*, *Mitteilungsblatt des Delegierten für Konjunkturfragen*, Januar 1974, S. 53f.
- Kosters, M.H. und Ahalt, J.D.* (1975): *Controls and Inflation – The Economic Stabilization Program in Retrospect*, Washington.
- Lutz, F.A.* (1972): *Dilemmasituation nationaler Antiinflationspolitik*, in: *Cassel, D.; Gutman, G., und Thieme, H.J.* (Hrsg.), *25 Jahre Marktwirtschaft in der BRD*, Stuttgart.
- Lademann, J.* (1976): *Geld-, Kredit- und Währungspolitik*, in: *N. Celio* (Hrsg.), S. 43–50.
- Meckling, W.* (1976): *Values and the Choice Model of the Individual in the Social Sciences (REMM)*, *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 1976, S. 545–560.
- Müller, N.* (1976): *Anspruchsverhalten sozialer Gruppen und Inflation*, Köln.
- Nyblén, G.* (1951): *The Problem of Summation in Economic Science*, Lund.
- Panić, M.* (1976): *The Inevitable Inflation*, *Lloyds Bank Review*, Juli 1976, S. 1–15.
- Parkin, M. und Sumner, M.T.* (Hrsg.) (1972): *Incomes Policy and Inflation*, Manchester.
- Portes, R.* (1977): *The Control of Inflation: Lessons from East European Experience*, *Economica*, Mai, S. 109–130.
- Rahmann, B.* (1977): *Inflation, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung in der BRD 1960–1976*, *Kredit und Kapital*, 1977, Heft 3, S. 362–390.
- Reder, M.W.* (1948): *The theoretical problems of a national wageprice policy*, *Canadian Journal of Economics and Political Science*, Februar 1948, S. 46–61.
- Schmölders, G.* (1968): *Geldpolitik*, Tübingen und Zürich (2. Auflage).
- Streissler, E.* (1973): *Die Schleichende Inflation als Phänomen der Politischen Ökonomie*, *Basler Wirtschaftswissenschaftliche Vorträge*, Zürich.
- Trappe, P. und Hettlage, R.* (1976): *Ansätze zu einer soziologischen Theorie der Inflation*, in: *N. Celio* (Hrsg.), S. 67–84.
- Trevithick, J. und Mulvey, Ch.* (1975): *The Economics of Inflation*, London.
- Turvey, R.* (1971): *Some Features of Incomes Policy and Comments on the Current Inflation*, in: *Johnson, H.G., and Nobay, A.R.* (Hrsg.) (1971), *The Current Inflation*, S. 196–202.
- Watrin, Ch.* (1971): *Geldwertstabilität, Konzertierte Aktion und autonome Gruppen*, in: *E. Hoppmann* (Hrsg.) (1971), *Konzertierte Aktion*, Frankfurt a. M.
- Wood, J.* (1967): *A Model of Federal Reserve Behavior*, in: *G. Horwich* (Hrsg.), *Monetary Process and Policy*, Homewood/III., 1967.
- Würgler, H.* (1972): *Inflation als Machtproblem*, in: *Schneider, H.K., und Watrin, Ch., Macht und ökonomisches Gesetz* (Tagung des Vereins für Sozialpolitik), S. 697–720.
- Zawadski, K.K.F.* (1965): *The Economics of Inflationary Processes*, London.

Zusammenfassung

Verteilungskampfhypothesen der Inflation Eine kritische Übersicht

Die zentrale (interne) Inflationsursache in den kritisierten Arbeiten ist der Verteilungskampf. Seine Determinanten sind soziopsychologischer Natur. Die wirtschaftspolitischen Instanzen, insbesondere die Geld- und Fiskalpolitik, werden als akkommodierend (endogen) angesehen. Unsere kritische Übersicht hat folgendes gezeigt:

1. Es fehlen konkret ausformulierte Hypothesen.
2. Es fehlt die relevante empirische Evidenz.
3. Die Chancen für empirische Diskriminierung sind sehr gering auf Grund der Verwendung nicht-beobachtbarer soziopsychologischer Termini.
4. Das Argument der Vollbeschäftigungsgarantie muss wesentlich relativiert werden.
5. Ohne konkrete Diagnose fehlt den Therapievorschlügen die Basis, seien die Vorschläge nun wirtschafts- oder gesellschaftspolitischer Natur.
6. Der Verteilungskampfansatz enthält eine Alibifunktion für die Wirtschaftspolitiker.

Résumé

Critique des hypothèses d'inflation référées à la lutte pour la répartition du revenu

La cause principale (interne) de l'inflation est, selon les articles révisés, la lutte pour la répartition du revenu national. Les facteurs déterminant cette lutte sont d'ordre sociopsychologique. La politique économique en général, et les politiques fiscales et monétaires en particulier, sont considérées comme s'adaptant passivement (endogènes). Notre revue critique révèle:

1. Il n'y a pas d'hypothèses formulées concrètement.
2. Il n'y a pas d'évidence empirique correspondante.
3. Les chances de discrimination empirique sont minimales à cause de l'usage de termes sociologiques et psychologiques non observables.
4. L'argument de la garantie du plein-emploi doit être relativisé substantiellement.
5. Sans diagnose concrète, les propositions de thérapie, de caractère social ou économique manquent de base.
6. L'explication de l'inflation par la lutte pour la répartition du revenu fournit un alibi aux politiciens.

Summary

Income Struggle Hypotheses of Inflation A Critical Survey

The studies surveyed in this article hypothesize that the major (internal) cause of inflation in the recent past has been a struggle for higher incomes. The determinants of this struggle are sociopsychological in nature. Economic policy in general and monetary and fiscal policy specifically are viewed as accommodating the anonymous forces behind that struggle. Our critical survey revealed the following:

1. There are no clearly formulated hypotheses.
2. There is no relevant empirical evidence.
3. The chances for empirical discrimination are very small, due to the use of non-observable concepts from sociology and psychology.
4. The concept of full employment guarantee has to be worked out in more detail.
5. Without a satisfactory diagnosis, the therapy suggestions for social or economic policy are based on hardly more than speculations.
6. An important implication of the income struggle approach is that it provides an alibi for politicians.